



## Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

Die politische Diskussion um die Integration von Flüchtlingen und die AfD läuft heiß. Sie ist wichtig. Sie muss geführt werden. Es geht um Wertemaßstäbe für unser gesellschaftliches Zusammenleben. Politisch müssen wir zugleich achtsam sein, dass andere Fragen, die ebenso in diesen Kontext reinspielen, nicht in den Hintergrund geraten.

Wenn ich nach DER sozialen Frage in unserer Gesellschaft im noch jungen 21. Jahrhunderts gefragt werde, antworte ich gerne mit einem Zitat. Es stammt von einer älteren Dame, die mir ihre Situation in einer Bürgersprechstunde anvertraut hat: „Herr Oberbürgermeister, EINE Mieterhöhung kann ich noch verkraften, aber wenn dann noch eine kommt, muss ich ausziehen“.

### ...sonst geht großes Stück soziale Sicherheit verloren

Wenn Menschen wie die ältere Dame in meiner Bürgersprechstunde Angst haben müssen, dass sie sich das Existenzielle nicht mehr leisten können, wenn sie Angst haben müssen, dass sie sich ihre Wohnung nicht mehr leisten können, dass sie ihre Nachbarschaft, ihre Stadt verlassen müssen, dann ist ein großes Stück soziale Sicherheit verlorengegangen. Und dann ist es Aufgabe des Staates, diese soziale Sicherheit zurückzubringen. Wir können nicht Rettungsschirme für die großen Banken aufspannen, aber die kleinen Leute im Regen stehen lassen. Zumal, wenn es um so Existenzielles geht wie die eigene Wohnung.

Dieses Lebensrecht auf Wohnen wollen wir als Kommunen im Rahmen dessen, was uns möglich ist, sichern. In Rheinland-Pfalz ist die Lage sehr unterschiedlich. Gerade in den Städten und zunehmend in deren Umfeld herrscht ein hoher Druck auf dem Wohnungsmarkt. Steigende Mieten sind beispielsweise in Koblenz, Trier,



Michael Ebling

Foto: SGK

Landau, Ludwigshafen, Speyer und natürlich in Mainz die Regel.

### Wohnen ist die gemeinsame Aufgabe von Bund, Länder und Kommunen

Die CDU hat den Wohnungsbau in der Bundesregierung sträflich vernachlässigt. Erst Bundesbauministerin Barbara Hendricks hat wieder mit grundsolider sozialdemokratischer Weichenstellung für Konjunktur gesorgt. Zum Glück, dies hilft uns Kommunen. Mittel für die Programme der Sozialen Stadt und des Stadtbbaus wurden erweitert. Inzwischen fließen ebenso mehr Bundesmittel für den Wohnungsbau.

Die Landesregierung steuert die Wirkungen der ausgeweiteten Bundesförderungen geschickt, in dem sie

in Rheinland-Pfalz die Förderung an die unterschiedlichen Entwicklungen anpasst. Was bedeutet die Anpassung der Förderung auf Gebiete mit angespanntem Wohnungsmarkt? So gibt es zum Beispiel nicht nur direkte Investitionsförderungen, sondern nun sind auch die sogenannten Belegungsrechte für bestehende Wohnungen möglich. Finanz- und Bauministerin Doris Ahnen setzt bewusst auf sich verstärkende Effekte. Dies bremst den Anstieg der Mietpreise aus.

Die Kommunen sind ebenso gefragt, aktiv gegen steigende Mietpreise und Wohnungsknappheit gegenzusteuern. Das tun sie auch. Inzwischen tragen sie alle Maßnahmen und Rahmenbedingungen zusammen, um Wohnraum zu schaffen und be-

### Inhalt

„Wunderschönes Rheinhessen“

Die Ampel-Koalition startet erfolgreich

Schwerpunkte: Sicherheit, Wohnen und die Energiepolitik

Bernd Brato klarer Wahlsieger

„Bürger sollen auch in schwierigen Zeiten unbeschwert feiern können“

zahlbar zu machen: Die Entwicklung von Flächen vor Ort, schnelleres Planungsrecht und Vereinbarungen mit Investoren, den Anteil der sozialgeförderten Wohnungen zu erhöhen, gehören inzwischen zum festen Repertoire kommunalpolitischer Maßnahmen.

Dies hilft, der Entwicklung politisch gezielt entgegen zu treten, indem Maßnahmen gebündelt und konsequent und gemeinsam zur Anwendung gebracht werden. Zudem besteht mit dem „Bündnis für Wohnen“ ein reger Austausch zwischen dem Land und den Kommunen.

### Wohnen ist kein Luxusgut, Wohnen ist ein Lebensrecht

Wir können als Kommunen kein Allheilmittel gegen die hohen Mieten

liefern, aber mit unseren Konzepten vor Ort werden wir trotzdem ein Stück soziale Sicherheit zurückbringen. Es bedarf der guten und abgestimmten Zusammenarbeit von Bund, Ländern und Kommunen bei der Bewältigung dieser sozialen Frage des 21. Jahrhunderts. Dann wird es uns gelingen, das Lebensrecht auf Wohnen auch in wachsenden Städten für alle Geldbeutel zu sichern. Wohnen ist ein Lebensrecht.

An dieser Frage gemeinsam zu arbeiten – gute sozialdemokratische Politik zu machen – ist zugleich ein sinnvoller Beitrag zur überhitzten Diskussion um Integration und AfD. Besser gesagt: es ist eine Antwort.

**Michael Ebling**

SGK-Landesvorsitzender  
Rheinland-Pfalz



SGK-Vorsitzender Michael Ebling (r.) freute sich über prominente Gäste aus der Landespolitik (v.l.n.r.): Alexander Schweitzer, SPD-Fraktionschef im Landtag, MdL Johannes Klomann und Hendrik Hering, Landtagspräsident.  
Foto: Burkhard Müller

## „Wunderschönes Rheinhessen“

Die Region feiert ihren 200. Geburtstag. Ihre Geschichte ist geprägt von starken Sozialdemokraten. Die SPD, seit Jahrzehnten die dominierende Kraft in Städten und Gemeinden, ist immer nah am Menschen geblieben

Autor Wolfgang Kröhler

Rheinhessen – der Landstrich zwischen den Städten Mainz, Bingen, Alzey, Worms und Oppenheim – ist das größte Weinanbaugebiet in Deutschland. Die Menschen hier sind fleißig, strahlen viel Lebensfreude aus und sind sehr gastfreundlich gegenüber Fremden. Wenn es sein muss und ihnen etwas gegen den Strich geht, dann können sie aber auch mal rebellisch sein und sich gegen Obrigkeiten stellen. In diesem Jahr feiert Rheinhessen seinen 200. Geburtstag mit zahlreichen großen und kleinen Veranstaltungen. Ganz so alt ist die Sozialdemokratie noch nicht, aber immerhin kann auch sie schon auf stolze 150 Jahre zurückblicken. Grund genug für die SPD in Rheinhessen, sich in dieses großes Jubiläum mit einzuklinken und unter dem Motto „Sozialdemokratie in Rheinhessen – 200 Jahre Rheinhessen“ zu

einem Treffen auf den Jakobsberg bei Gau-Algesheim (Kreis Mainz-Bingen) einzuladen.

### Seit 150 Jahren aktiv

„Mittendrin statt nur dabei“ heißt ein Werbespruch aus dem Sportfernsehen, der wie die Faust aufs Auge auch für die rheinhessische Sozialdemokratie passt. Das wurde auch deutlich in der Begrüßungsansprache von Michael Ebling, SPD-Regionalvorsitzender Rheinhessen und SGK-Landesvorsitzender Rheinland-Pfalz: „Wir leben nicht nur in einer schönen Region, wir sind auch erfolgreich und seit 150 Jahren aktiv dabei“, rief er den über 200 Genossinnen und Genossen beim Familientreffen auf dem Jakobsberg zu. Und „das muss was mit unserer Arbeit zu tun haben, die doch ganz erfolgreich ist“, fügte er an. Jeden Tag stelle die SPD unter Beweis,

dass sie es besser mache als andere. Aber auf den Lorbeeren ausruhen gilt für Michael Ebling nicht. Nicht nur feiern sei im Jubeljahr angesagt, man müsse sich auch Gedanken machen, wie die Region weiter entwickelt werden könne. Dabei sei man schon auf einem guten Weg. Mit dem Programm „Rheinhessen 4.0“ strebe man die Stärkung von Wirtschaft und Bildung an, Erfolge habe man schon auf dem Sektor der regionalen Energiepolitik vorzuweisen. „Wir haben noch eine Menge zu tun“, stellte der SGK-Landesvorsitzende fest. Er ließ aber auch keinen Zweifel daran, dass das Motto des Treffens – „Rot tut Rheinhessen gut“ – auch auf die Bewältigung der Zukunftsaufgaben zutrefe.

### SPD spitze in Rheinhessen

Landtagspräsident Hendrik Hering lobte die gute Arbeit und die Erfolge

#### IMPRESSUM

##### Verantwortlich für den Inhalt:

SGK Rheinland-Pfalz e.V.,  
Klarastr. 14 A, 55116 Mainz

Redaktion: Wolfgang Kröhler  
Telefon: (06737) 260  
Michael Ebling, V.i.S.d.P.

Verlag: Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft,  
Stresemannstraße 30, 10963 Berlin  
Telefon: (030) 255 94-100  
Telefax: (030) 255 94-192

Anzeigen: Henning Witzel, Volker Weber

Druck: J.D. Küster Nachf. + Pressedruck GmbH  
& Co. KG, Industriestraße 20, 33689 Bielefeld

ge seiner Parteifreunde in Rheinhessen. Die Landräte in beiden Landkreisen würden seit Jahrzehnten von der SPD gestellt, in vielen Städten und Gemeinden stünden in dieser Region Sozialdemokraten an der Spitze. Rheinhessen sei wirtschaftlich außerordentlich erfolgreich, schreite aber auch in sozialen Belangen voran. „Wir haben einen wesentlichen Beitrag zum Erfolg geleistet“, meinte Hendrik Hering. Als wichtige Aufgabe für die nahe Zukunft sah der Landtagspräsident, all die Menschen, die sich von der Politik abgewandt hätten, wieder zurückzugewinnen.

Auch der SPD-Fraktionsvorsitzende im rheinland-pfälzischen Landtag, Alexander Schweitzer, hatte lobende Worte für seine rheinhessischen Parteifreunde mit zum Familientreffen gebracht. Die Region sei ein Beispiel dafür, dass man Heimat nicht den Konservativen überlassen dürfe. Das habe auch die Landtagswahl im letzten Frühjahr gezeigt, als die SPD wieder die stärkste Kraft im Lande geworden sei. „Ganz Deutschland schaut auf Rheinland-Pfalz und fragt uns: Wie habt ihr das bloß geschafft“, stellte Schweitzer mit einem gewissen



Launige Talkrunde mit (v.l.n.r.) Salvatore Barbaro, Johannes Brüchert, Moderator Michael Reitzel, Eckhard Lenz und Jens Guth.

stolzen Unterton fest. In Rheinland-Pfalz sei die SPD noch Volkspartei, und Rheinhessen sei dabei ein besonderes Stück Identifikation der rheinland-pfälzischen Sozialdemokraten.

### Revoluzzer-Völkchen

Einen geschichtlichen Abriss zum Thema „Mehr als ein Jahrhundert SPD-Rheinhessen“ gab der Historiker Dr. Matthias Ovez-Lenssen. Deutlich wurde dabei, dass sich der

Rheinhessen noch nie so leicht die Butter vom Brot nehmen ließ. Die Menschen hätten die Bürgerrechte aus der französischen Zeit gekannt und von außen betrachtet seien Mainzer und Rheinhessen immer als eine Art Revoluzzer-Völkchen angesehen worden. Ovez-Lenssen: „Aus dieser Zeit haben sich in der Folgezeit auch nach und nach die sozialdemokratischen Ideen durchgesetzt – bis in die heutige Zeit, wie ja schon der Vorredner dargelegt hat.“

Der Ehrenvorsitzende der SGK Rheinland-Pfalz, Michael Reitzel, moderierte zum Abschluss des offiziellen Teils eine kleine Talkrunde mit Vertretern aus den vier rheinhessischen Unterbezirken: Staatssekretär Salvatore Barbaro (UB Mainz-Bingen), Eckhard Lenz (UB Mainz), Jens Guth (UB Worms) und Johannes Brüchert (UB Alzey-Worms). Ein launiges Gespräch, das aber auch aufzeigte, wie stark die SPD und ihre Vertreter in der Region verwurzelt sind, dass sie die Sorgen und Nöte der Menschen kennen und zur Lösung anpacken wollen.



Etwa 200 Genossinnen und Genossen kamen zum Familientreffen auf den Jakobsberg. Sie waren gut gelaunt und spendeten viel Applaus.

Fotos (2): Burkhard Müller

# Die Ampel-Koalition startet erfolgreich

Das Bündnis hat schon viele Impulse gesetzt: Das Land startet eine Bundesratsinitiative für ein Einwanderungsgesetz. Ein Burka-Verbot lehnt die Ampel-Koalition ab. Der Schulstart gelang reibungslos

Autor Alexander Schweitzer

Die vergangenen 120 Tage vergingen wie im Flug. Nach einem furiosen SPD-Wahlsieg und guten Koalitionsgesprächen haben SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen Mitte Mai ihre Arbeit zum Wohle von Rheinland-Pfalz aufgenommen. In dem Bündnis hat sich rasch das für die Kooperationsarbeit notwendige Vertrauen gebildet. Dies ist umso bemerkenswerter, da sich in den vergangenen Monaten auch dunkle Wolken aufgetan haben: Der Verkauf des Flughafens Hahn ist vorerst nicht zustande gekommen. Nun muss mit Hochdruck an einer guten Lösung für den Hahn und die gesamte Region weitergearbeitet werden.

## Die Chemie stimmt

In Rheinland-Pfalz hat sich die neue Ampel-Koalition in einem bemerkenswerten Tempo zusammen gefunden. Die Chemie stimmt. Der Misstrauensantrag von Julia Klöckner ist krachend gescheitert, das rot-gelb-grüne Bündnis hat Impulse gesetzt. Es wurde etwa ein Digitalisierungskabinett eingerichtet, und das Land hat einen besseren Schutz gegen Starkregen und Unwetter in die Wege geleitet. Die Abstimmung erfolgte eng mit den Kommunen. In den kommenden Jahren werden überdies im Rahmen des Hochwasserrisikomanagements unter anderem Rückhaltemaßnahmen, Schutzmaßnahmen und eine verbesserte Eigenvorsorge entwickelt – jeweils gemeinsam mit den Landkreisen, Städten und Gemeinden sowie den Gewässeranliegern.

Auch die nun erste Plenarsitzung nach der Sommerpause hat gezeigt, dass wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Landtag wichtige Themen setzen, mit denen wir unser Land weiter voranbringen. Etwa in der Bildungspolitik. Dass der Schulstart in Rheinland-Pfalz auch in diesem Schuljahr wieder so reibungslos funktioniert hat, ist Ausdruck des hohen Stellenwerts, den die Landesregierung dem Thema zuschreibt. Das ist übrigens keine Selbstverständlichkeit,



Alexander Schweitzer, SPD-Fraktionschef im Landtag.

Foto: privat

keit, wie ein Blick ins Nachbarland Baden-Württemberg zeigt: Dort musste die Landesregierung zum Start des Schuljahres mit Notstundenplänen hantieren, weil es der grün-schwarzen Regierung nicht gelungen war, alle Stellen zum Schuljahresbeginn zu besetzen. In Rheinland-Pfalz hat die Einstellung von 1.100 Lehrerinnen und Lehrern dagegen reibungslos und vor allem pünktlich zum Schuljahresstart funktioniert.

## Initiative Einwanderungsgesetz

Wie in diesen Wochen besonders deutlich wird, bilden SPD, FDP und Bündnis 90/Die Grünen auf der einen Seite sowie CDU und AfD auf der an-

deren Seite bei manchen politischen Themen zwei Lager: Die Ampel-Koalition will etwa ein modernes Einwanderungsgesetz für Deutschland, um Zuwanderung zu steuern und transparent zu gestalten. Das Land startet daher gemeinsam mit Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Thüringen eine Bundesratsinitiative für ein solches Gesetz. Die Fraktionen von CDU und AfD lehnen diese Initiative ab.

Auch beim Kernthema von Julia Klöckner, dem Burka-Verbot, gibt es eine klare Frontstellung im Landtag: Die Ampel-Koalition gegen CDU und AfD. Die Ampel ist gegen Burkas, aber nicht für ein rechtlich kaum durchsetz-

bares, grundsätzliches Burka-Verbot. Um es klar auszusprechen: Als SPD-Fraktion sehen wir die Vollverschleierung kritisch. Sie ist Symbol der Unterdrückung von Frauen und Ausdruck eines abwertenden Frauenbilds. Klar ist aber auch, dass ein Verbot kein einziges der Probleme löst, vor denen wir in der Integrationsfrage stehen.

Jüngst im Mainzer Landtag forderten CDU und AfD ein gesetzliches Burka-Verbot und taten so, als ob dieses Thema ein zentrales in Rheinland-Pfalz sei. Beide Fraktionen warben im Landtag für Burka-Verbots-Anträge. Zur Erinnerung: Von den etwa 160.000 Muslimen in Rheinland-Pfalz gehen nach einer Schätzung des Integrations- und Frauenministeriums 20 bis 40 Frauen vollverschleiert in die Öffentlichkeit.

Populistische Positionen, wie sie in Deutschland zunehmend die CSU und zum Teil die CDU übernimmt, bringen uns nicht weiter. Ein Blick nach Frankreich oder Österreich macht deutlich, dass gerade dies die Positionen der Autoritären stärkt und ihre Parolen hoffähig macht. Manch innerdeutsche Debatte um Sicherheit oder Integration folgt leider diesem Muster und wertet auch hier die autoritären Kräfte auf. Wir können den Herausforderungen unserer westlichen Demokratien nur begegnen, wenn wir die Stärken der Demokratie ausspielen: den Austausch, den Ausgleich von Interessen, das Angebot mitzuwirken.

In diesem Sinne wird in den kommenden viereinhalb Jahren der Ampel-Koalition viel Arbeit auf die Regierung von Ministerpräsidentin Malu Dreyer und auf die SPD zukommen. Aber es wird sich lohnen: Es stehen Rheinland-Pfalz und den Bürgerinnen und Bürger weitere gute Jahre bevor.

# DEMO

VORWÄRTS-KOMMUNAL

■ DAS SOZIALDEMOKRATISCHE  
MAGAZIN FÜR KOMMUNALPOLITIK

**BESUCHEN  
SIE UNS AUF**

[www.demo-online.de](http://www.demo-online.de)

**MEHR INFOS,  
MEHR HINTERGRÜNDE,  
NEUES LAYOUT:**

[www.demo-online.de](http://www.demo-online.de)

Mit Blickpunkt, Aktuelles, Kommunal-Blog,  
DEMO-Kommunalkongress, Reporte, u. v. m.



# Schwerpunkte: Sicherheit, Wohnen und die Energiepolitik

Der SGK-Landesvorstand legt auf seiner Klausurtagung Themen für die nächsten Monate fest

Autor Andreas Wagenführer



Empfang beim 2. Bürgermeister der Stadt Nürnberg, Christian Vogel (r.). Interessierte Zuhörer waren der SGK-Landesvorsitzende Michael Ebling, Landesgeschäftsführer Hans Jürgen Noss, Ralf Spiegler und der SGK-Ehrenvorsitzende Michael Reitzel (v.r.n.l.). Fotos (2): Andreas Wagenführer

Der SGK-Landesvorstand hat in den nächsten Monaten noch viel vor. Auf der Klausurtagung in Nürnberg wurden die Themenschwerpunkte festgelegt, dazu sind verschiedene Fachtagungen vorgesehen. Beschäftigen will man sich unter anderem mit „Sicherheit in Rheinland-Pfalz“, „Bezahlbares Wohnen für alle“, „Kommunale Energiepolitik“ und „Pfleger in den Kommunen“ – alles sehr aktuelle und interessante Aufgabengebiete, die von der Politik verstärkt in Angriff genommen werden müssen.

Die Klausur in Nürnberg hat wieder einmal gezeigt, dass sich hier die Gelegenheit bietet, wichtige Themen ausführlich und ohne großen Zeitdruck zu erörtern und die Arbeitsschwerpunkte für die nahe Zukunft festzulegen. So will die SGK Rheinland-Pfalz künftig verstärkt Fortbildungsseminare vor

Ort anbieten. Zum wichtigen Thema „Direktwahlen“ besteht die Absicht, ein „Musterdrehbuch für den Urwahlkampf“ zur Verfügung zu stellen. Details dazu – einschließlich der Planung – soll der geschäftsführende SGK-Vorstand vorbereiten und auch Informationen bei anderen SGK-Landesverbänden zu diesem Thema einholen.

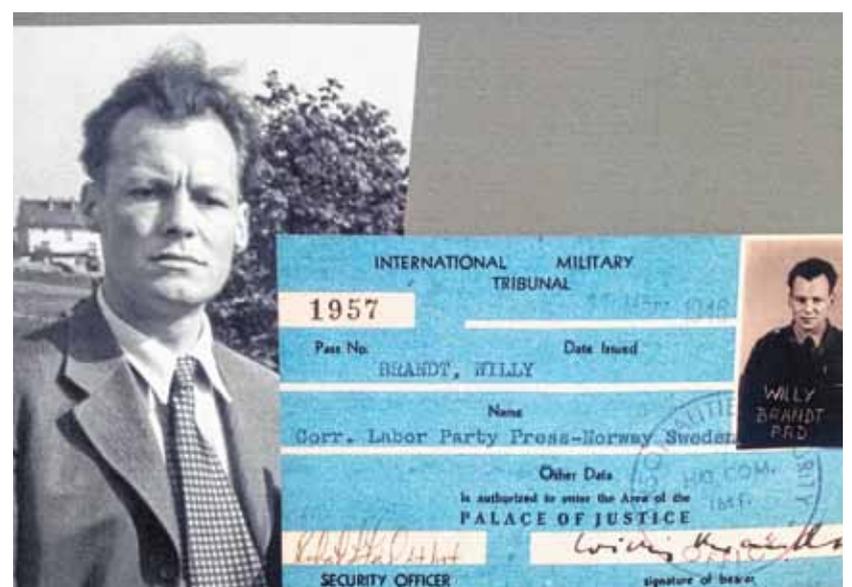
## Empfang beim Bürgermeister

Neben der inhaltlichen Diskussion um die Ausrichtung für die nächsten Monate wurde die Klausurtagung auch eingerahmt durch eine Stadtführung. Der 2. Bürgermeister und erste Stellvertreter des Oberbürgermeisters von Nürnberg, Christian Vogel, stellte dabei seinen Gästen aus Rheinland-Pfalz eine Präsentation seiner Heimatstadt vor. Christian Vogel ist seit Mai 2014 hauptamtlicher 2. Bürgermeister und in seinem Geschäftsbereich zustän-

trieb Öffentlicher Raum und für das Grundig-Stadion. Den Schwerpunkt der Präsentation bildete die wirtschaftliche Lage der Stadt mit ihrer industriellen Prägung und den damit verbundenen Folgen für den Arbeitsmarkt in der Region.

Ihren Abschluss fand die Klausur dann mit einer äußerst eindrucksvollen Führung durch das „Memorium Nürnberger Prozesse“. Die Stätte wurde erst im November 2010 mit einem Festakt eröffnet und befindet sich am Originalschauplatz im Justizgebäude in Nürnberg. Vom 20. November 1945 bis 1. Oktober 1946 mussten sich hier führende Vertreter des nationalsozialistischen Regimes vor einem internationalen Gericht für ihre Taten verantworten. Das Verfahren hatte maßgeblichen Einfluss auf die Entwicklung des Völkerrechts bis in die Gegenwart. Ausgewählte Objekte wie beispielsweise Teile der Original-Anklagebank oder historische Ton- und Filmdokumente vermitteln einen realistischen Eindruck vom damaligen Prozessgeschehen.

dig für die Bürgerämter, die Feuerwehr, den Tiergarten Nürnberg, das NürnbergBad, den Servicebe-



Ein Dokument der besonderen Art: Der Original-Presserausweis von Willy Brandt, der nach dem Krieg die Nürnberger Prozesse als Korrespondent für mehrere skandinavische Zeitungen beobachtete.

**Im „Schwurgerichtssaal 600“**

Höhepunkt war die Besichtigung des Schwurgerichtssaals. In diesem „Schwurgerichtssaal 600“ im Nürnberger Justizpalast wurde Weltgeschichte geschrieben. Er ist gleichwohl auch heute noch ein Ort der Rechtsprechung und wird weiterhin für Gerichtsverfahren am Nürnberger Schwurgericht genutzt. An verhandlungsfreien Tagen ist er aber Teil eines Ausstellungsbesuches.

Die besondere Aufmerksamkeit des SGL-Landesvorstandes fand ein Presseausweis – kein gewöhnlicher, sondern der von Willy Brandt. Im Jahr 1945 war er als Korrespondent für skandinavische Zeitungen aus Norwegen nach Deutschland zurückgekehrt und berichtete über die Nürnberger Prozesse. Von Willy Brandt findet sich im Memorium Nürnberg das Zitat aus dem Jahre 1946: „Man hätte das Rechtsgefühl herausgefordert, wäre mit den Naziführern nie abgerechnet worden“.

**Bernd Brato klarer Wahlsieger**

**Der Sozialdemokrat wird Erster Bürgermeister der neuen Verbandsgemeinde Betzdorf-Gebhardshain. Brato errang fast 70 Prozent der Wählerstimmen**

Autor Wolfgang Kröhler

Mit einem überragenden Ergebnis ist Bernd Brato zum Ersten Bürgermeister der neuen Verbandsgemeinde Betzdorf-Gebhardshain gewählt worden. Der Sozialdemokrat erhielt fast 70 Prozent der abgegebenen Stimmen, sein Kontrahent von der CDU, Simon Bäumer, vereinigte lediglich etwas mehr als 30 Prozent auf seine Person.

Im Wahlkampf machte Bernd Brato deutlich, dass der Fusionsprozess der beiden Verbandsgemeinden Betzdorf und Gebhardshain richtig und notwendig sei, um den Menschen vor Ort auch in Zukunft eine moderne, bürgernahe und dienstleistungs-



Bernd Brato

Foto: privat

orientierte Verwaltung gewährleisten zu können.

Der Ehrenvorsitzende der SGK Rheinland-Pfalz, Michael Reitzel, gratulierte seinem Parteifreund zur Bürgermeisterwahl. Seine bisherige Arbeit als Bürgermeister in Betzdorf sei von den Wählern anerkannt worden. Das Ergebnis sei eine gute Basis für die nächsten acht Jahre, für die Bernd Brato ins Amt des Bürgermeisters der VG Betzdorf-Gebhardshain gewählt wurde. „Ich wünsche dir viel Freude an der Arbeit in deiner schönen Verbandsgemeinde“, wünschte Michael Reitzel in seinem Glückwunschschreiben.

Anzeige

**bnr.de**  
blick nach rechts

**„Die Bekämpfung von Rechtsextremismus ist nach wie vor ein aktuelles und zentrales Thema. Wer den ‚blick nach rechts‘ regelmäßig liest, erkennt die aktuellen Gefahren von Rechtsaußen und kann sachkundig argumentieren.“**

*Schirmherrin Ute Vogt*

Weitere Informationen im Netz: [www.bnr.de](http://www.bnr.de)

# „Bürger sollen auch in schwierigen Zeiten unbeschwert feiern können“

Das Sicherheitskonzept der Stadt Bad Kreuznach aus 2012 wird jährlich überprüft und aktualisiert. Es dient auch als Vorlage für andere Kommunen. Auslöser war eine Bombendrohung beim Jahrmarkt

Interview Wolfgang Kröhler

Das Thema Sicherheit ist das wohl am meisten diskutierte in diesen Tagen. Terrorangst, Amokläufe wie jüngst in München oder Massenveranstaltungen wie das Oktoberfest erzeugen bei den Menschen ein mulmiges Gefühl. Aber nicht nur in Großstädten fragen sich die Menschen: Kann ich die Veranstaltungen ohne Gefahren noch besuchen? Auch in kleineren Regionen, wo anscheinend die Welt noch in Ordnung ist, macht man sich Sorgen und trifft Vorkehrungen. So auch in der Kleinstadt Bad Kreuznach. Dort wurde man 2011 aus allen Träumen gerissen, als beim größten Volksfest, dem Bad Kreuznacher Jahrmarkt, eine Bombendrohung einging und das Festgelände komplett geräumt werden musste. Danach machten sich die Veranstalter Gedanken, wie der beliebte Jahrmarkt auch weiterhin gefahrenlos besucht werden kann. Die Stadt diskutierte und verabschiedete ein neues Sicherheitskonzept, das mittlerweile auch als Vorlage für andere Städte, zum Beispiel für Koblenz und Ingelheim dient. Mit der Bad Kreuznacher Oberbürgermeisterin Heike Kaster-Meurer haben wir zum Sicherheitskonzept ein Gespräch geführt. Die SPD-Politikerin ist seit 1994 in der Partei. Sie war von 2009 bis 2011 im Stadtrat und wurde 2011 zur Oberbürgermeisterin gewählt. Nach der Fusion mit Bad Münster am Stein-Ebernburg war eine neue Wahl notwendig, die Heike Kaster-Meurer ebenfalls gewann.

## Gab es einen konkreten Anlass, für die Stadt Bad Kreuznach ein neues Sicherheitskonzept zu erstellen?

Am Jahrmarktssamstag im Jahr 2011 ist bei der Polizei eine Bombendrohung eingegangen, die dazu geführt hat, dass der Innenminister die Räumung des Veranstaltungsgeländes



Heike Kaster-Meurer, seit 2011 Oberbürgermeisterin in Bad Kreuznach.

Foto: privat

angeordnet hat. Wir waren alle erleichtert, dass keine Bombe gefunden worden ist. Noch erleichteter waren wir aber, dass keine Panik ausgebrochen ist und die Räumung relativ unkompliziert erfolgt ist. Im Nachgang zu diesem Ereignis haben wir uns mit allen Beteiligten zusammengesetzt und Anfang 2012 ein Sicherheitskonzept erstellt, das jährlich überprüft und im Rahmen eines Workshops beziehungsweise einer Nachbesprechung anlässlich eventueller Vorkommnisse aktualisiert wird.

Nachdem wir beispielsweise gemerkt haben, dass die Erreichbarkeit des Stadtvorstands über die Veranstaltungstage nicht konkret geregelt war, haben wir einen Dienstplan aufgestellt. Der zuständige Beigeordnete und ich haben abwechselnd 24 Stunden Bereitschaftsdienst und tragen einen Funk, der von der Feuerwehr ausgelöst werden kann. So sind wir auch in Zeiten überlasteter Mobilfunknetze erreichbar.

## Was sind die Eckpunkte im neuen Sicherheitskonzept?

Es sind die sicherheitsrelevanten Faktoren und Abläufe für die Durchführung geregelt. Bei Veranstaltungen ist es nicht möglich, alle Risiken völlig auszuschließen. Das Risiko für jede mögliche Art der Beeinträchtigung hängt von vielen Faktoren ab und wird zudem subjektiv unterschiedlich bewertet. Um aber einen möglichst hohen Sicherheitszustand zu erreichen, wurde das Sicherheitskonzept erstellt und umgesetzt.

## Wurde das Konzept im Vorfeld mit Polizei, Rettungsdiensten usw. abgestimmt?

Das Sicherheitskonzept wurde mit den verschiedenen Ämtern, mit der Polizei, der Feuerwehr, den Rettungsdiensten und den Nahverkehrsunternehmen abgestimmt. Zur Entwicklung dieses Sicherheitskonzeptes wurde ein Arbeitskreis eingerichtet, in dem die an der Veranstaltung beteiligten Organisationen –

Amt für Recht und Ordnung, Polizei, Feuerwehr, DRK – gemeinsam ein Konzept erarbeiteten, um die Sicherheit der Veranstaltung zu gewährleisten. Die jahrelange Erfahrung bei der Durchführung des Kreuznacher Jahrmarktes fand somit Eingang in das Sicherheitskonzept. Als neutraler Moderator und Berater war der TÜV Rheinland zur Unterstützung des Arbeitskreises und zur Steuerung des Prozesses der Erarbeitung beteiligt.

## Das Thema Sicherheit ist in aller Munde, größere negative Vorkommnisse kennt man aber eigentlich nur aus Großstädten. Müssen Kleinstädte wie Bad Kreuznach in Sicherheitsfragen in Zukunft auch umdenken, um dem offensichtlichen Bedürfnis der Bürger nach mehr Sicherheit nachzukommen? Wo sehen Sie die größten Gefahren, von Großereignissen einmal abgesehen?

Seit dem Anschlag in Nizza kann man nicht davon ausgehen, dass kleinere Städte bei großen Veranstaltungen geschützt sind. Die Menschen haben das Gefühl, dass alles überall passieren kann. In diesem Jahr haben wir zusätzlich zu den im Sicherheitskonzept festgelegten Maßnahmen eine Gefahrenabwehrverordnung erlassen, die den Besucherinnen und Besuchern das Mitführen von großen Taschen und Rucksäcken untersagt. Es gab also Einlasskontrollen, allerdings keine Personenkontrollen. Wir machen das anlässlich des Narrenkäfigs an Altweiberfastnacht bereits seit Jahren. Zum einen können wir Jugendliche mit Rucksäcken, in denen Alkohol mitgebracht wird, den Zutritt verwehren, und zum anderen entsteht ein subjektives Sicherheitsgefühl. Die Bürger spüren, dass es uns als Veranstalter wichtig ist, dass wir alles Mögliche dafür tun, dass sie auch in Zeiten wie diesen unbeschwert feiern können.